



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wagner: Fünfundzwanzig Jahre Deutscher Ostmarkenverein

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

üblichen Parlaments- und Parteiwesen eine seelische Überlegenheit mit. Entweder werden diese jugendlichen Elemente dereinst mit fremdem Eroberergeist in das Parteileben eindringen, um seine Struktur von innen heraus zu verwandeln und umzugestalten, oder sie verwandeln den politischen Seelenbau der ganzen Nation, so daß diese sich der Parteischablone entledigt und andere politische Freiheitsgedanken aufnimmt, aus denen sie neue Formen macht. Das braucht nicht von heute auf morgen zu geschehen. Denn außerhalb der parlamentarischen und parteiamtlichen Machthaberschaften sind in der jüngeren politischen Generation zwar die Männer, die gegenwärtig in den dreißiger Jahren stehen, vor der Hand die ausschlaggebenden; aber diejenigen, die jetzt in den Zwanzigern sind, werden erst die Entscheidung bringen.

Für die Parteien würde eines — ein Versuch, der freilich ihrem überlieferten Denkverlauf widerstreitet — die allererste Notwendigkeit sein: sie müssen endlich aufhören, in der akademischen Jugend immer nur ein Objekt der Behandlung, Bearbeitung und Beeinflussung zu sehen; sie müssen sich herbeilassen, diese akademische Jugend als ein Subjekt schaffender Kräfte zu achten.



## fünfundzwanzig Jahre Deutscher Ostmarkenverein

Von Justizrat Wagner

**I**n der Mitte des vorigen Jahrhunderts schwärmten die deutschen Idealisten in vollständiger Verkenning der eigenen staatlichen Interessen für die Polen. Man sah in den Polen in Rußland die ungerecht behandelte, unterdrückte Nation, die einen Freiheitskampf gegen den Absolutismus führte. Es gab nur wenige einsichtsvolle Männer, die die ganz unangebrachte Polenschwärmerei zurückwiesen. Unter ihnen war der damals noch jugendliche Bismarck. Er wies mit ersten Worten auf die Gefahren hin, die von seiten des polnischen Volkes unter Führung des polnischen Adels und der polnischen Geistlichkeit den preussischen Provinzen im Osten drohte. In Deutschland hatte man darauf nicht acht, man hatte auch anderes zu tun; in allen deutschen Staaten mußte man sich in Verfassung und Parlament einleben und dann mußte man sich im neuen Deutschen Reich einrichten. Unbeachtet, aber durch die Wohlthaten der preussischen Verwaltung und der deutschen Schule gehoben, entwickelte sich inzwischen das Polentum. Bismarck war es dann, der endlich in den achtziger Jahren stärkere Maßregeln gegen die Polengefahr durchsetzte, die Ausweisung der ausländischen Polen und die Errichtung der Ansiedlungskommission zur Ansetzung von deutschen Bauern in Posen und Westpreußen. Der richtige Weg zur Festigung und Förderung des Deutschtums in der Ostmark war gegeben. Aber man hielt auch diesmal, wie so oft schon früher, nicht aus. Der Nachfolger Bismarcks, Caprivi, Reichskanzler von 1890 bis 1894 versuchte es wieder mit der Versöhnung, während der Polenführer von Koscielski sich bei dem Kaiser in günstiges Licht zu setzen wußte.

Die Kraft der Polen in Preußen wuchs. Nicht mehr allein der preussische Adel und die polnische Geistlichkeit schürten den Haß gegen alles Deutsche. In der Ostmark waren dank der preussischen Fürsorge die polnischen Knechtgestalten in freie Arbeiter und

Bauern verwandelt, ein polnischer Mittelstand, den es im Polenreiche nie gegeben hatte, war entstanden, und diese aufstrebenden, früher in dumpfer Unterdrückung lebenden Volksteile vergaßen bald, wem sie ihr freieres und besseres Dasein zu verdanken hatten, sie nahmen den Haß gegen das Deutschtum, der ihnen gepredigt wurde, auf und verstärkten so ganz ungeheuer die polnischen, deutschfeindlichen Bestrebungen. Das zähe Festhalten an der großpolnischen Idee und die stille Wühlarbeit der Polen hatte den Erfolg, daß in der Ostmark das Polentum immer mehr in den Vordergrund trat und daß in aller Stille Tausende von Deutschen polonisiert wurden.

Die Deutschen fingen an, das polnische Joch zu fühlen, sie murrten. Es gab wohl Männer, die sich empörten und bei den Wahlen waren die deutschen Parteien geneigt, sich gegen den polnischen Kandidaten zusammen zu schließen. Aber es fehlte der rechte Zusammenhang, um eine wirksame Abwehr zu schaffen. Unwillkürlich wendeten sich die Augen nach dem Alt-Reichskanzler, und die Deutschen in Posen sowie in Westpreußen machten sich auf und wallfahrteten zu dem deutschen Roland in Warzin.

Am 16. September 1894 waren die Posener Deutschen zu Bismarck gefahren, viele Tausende unter der Führung des schon damals bejahrten Landesökonomierats Kennemann auf Klenka in Posen, eine Woche später, am 23. September 1894, folgten die Deutschen aus Westpreußen. Beide Male sprach Fürst Bismarck fast ausschließlich über die Polenpolitik. Er kennzeichnete als Ziel der polnischen Agitation die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates; er wies darauf hin, daß die Polen immer von neuem gestärkt würden durch die Schwankungen der Regierung, die nicht selten auf polnische Einflüsse am Hofe zurückzuführen seien; er sprach die Hoffnung aus, daß bei den Liberalen die immer noch vorhandene Schwärmerei für die Polen einer besseren Erkenntnis Platz machen würde. Dann aber mahnte er die Deutschen zu festem Zusammenhalten: im Osten müsse es nur eine Partei geben, die deutsche, und das konservative Schwert müsse ebensoviel gelten, wie der fortschrittliche Speer, alle Deutschen müssen sich vereinigen, um die Wacht zu halten an der Weichsel und an der Warthe. — Die Worte des Altkanzlers fanden volles Verständnis bei den versammelten Deutschen.

In dieselbe Zeit fiel noch ein anderes Ereignis. Der Kaiser, in der Erkenntnis, daß er über die Treue der Polen arg getäuscht worden, hatte bei seinem Besuch in Westpreußen am 7. September 1894 in Marienburg und besonders am 22. September 1894 in Thorn sehr bestimmt den deutschen Charakter der Provinz betont und den Polen vorgehalten, daß sie nur dann auf seine Gnade und Teilnahme rechnen könnten, wenn sie sich unbedingt als preussische Untertanen fühlten.

Die Deutschen in den Provinzen Posen und Westpreußen atmeten auf, der Zeitpunkt für Bekämpfung des Polentums in gemeinschaftlicher Arbeit war gekommen.

Dies gab den Anlaß zu einer Vereinigung deutscher Männer zum Schutz der Ostmark. Am 3. November 1894 wurde von Heinrich von Tiedemann in Gemeinschaft mit dem Landesökonomierat Kennemann und mit Dr. Ferdinand von Hansmann der Deutsche Ostmarkenverein, der zuerst Verein zur Förderung des Deutschtums in der Ostmark hieß, gegründet.

Der Verein war nicht ein künstliches Gebilde, sondern mit Naturnotwendigkeit aus den Verhältnissen gewachsen. Der Unwille der Deutschen in der Ostmark, die Mahnung des Fürsten Bismarck und die Kaiserworte in Thorn und Marienburg bildeten die Grundlage für den Verein, der den Mittelpunkt und die Stütze für alle Deutschen bilden sollte, die es mit einer kräftigen Ostmarkenpolitik ernst meinten. Von der Gründung des Vereins wurde dem Fürsten Bismarck sofort Bericht erstattet. Er sprach seine Freude darüber aus, und wünschte guten Erfolg.

Der Deutsche Ostmarkenverein hatte nur das eine Ziel: die „Förderung des Deutschtums in der Ostmark“. Davon ließ er sich nicht abwendig machen. Es wurden öfter Versuche gemacht, den Verein in das agrarische Fahrwasser zu ziehen und seine Organisation agrarischen Zwecken nutzbar zu machen. Der Verein ist diesen Verlockungen nicht gefolgt, obwohl er sich in Posen dadurch manchen Widersacher verschaffte. Es ist auch wiederholt der Versuch gemacht, in den Verein antisemitische Bestrebungen hineinzutragen, auch solches Ansinnen hat er stets abgelehnt. Sein Ziel blieb einzig und allein die Bekämpfung polnischer Umtriebe.

Das Streben der Vereinsleitung ging nicht dahin, die Polen in der Ostmark zu unterdrücken und auszurotten, sondern immer nur die deutschen Bewohner im Osten zu mehren, sie in ihrem Nationalbewußtsein zu festigen, den deutschen Einfluß zu verstärken, die Herrschaft der deutschen Sprache aufrecht zu erhalten und deutsche Art und Sitte überall zur Geltung zu bringen, damit diese Provinzen nicht nur politisch dem Deutschen Reich angegliedert, sondern wirklich deutsche Provinzen sein und bleiben würden.

Um seine Zwecke zu erreichen, hat der Verein das deutsche Volk, zumal die Bewohner des Westens und Südens über die polnische Gefahr im Osten aufgeklärt und immer von neuem daraufhin gearbeitet, alle Deutschen zusammenzufassen zum gemeinsamen Kampf gegen die polnische Überflutung. An diesem Kampf sollten alle Deutschen teilnehmen, ohne Unterschied der Religion und der politischen Parteirichtung, und immer hat es der Verein im Auge behalten, auch wenn er von deutscher Seite angefeindet wurde, daß der Gegner von heute der Bundesgenosse von morgen sein sollte. Niemals hat er irgendeine politische Partei bekämpft. Er war unpolitisch und nur national. Niemals ist es ihm in den Sinn gekommen, eine Konfession zu bevorzugen oder gar eine Protestantisierung des Ostens herbeizuführen. Das war ein bequemes Schlagwort in dem Munde der Gegner, mit dem sie auf die Masse leicht Eindruck machten. Ebenso ist der Deutsche Ostmarkenverein stets bemüht gewesen, mit der Regierung und den Staatsbehörden zusammen zu arbeiten. Er war sich stets dessen bewußt, daß die Kraft der Polen und ihre Erfolge hauptsächlich in der deutschen Uneinigkeit wurzelten, und daß eine kräftige Förderung des Deutschtums nicht anders zu erwarten war, als durch ein Zusammenarbeiten aller nationalen deutschen Kräfte.

Der Deutsche Ostmarkenverein fand in allen deutschen Landen Beifall und bereitwillige Aufnahme. Seine Mitgliederzahl wuchs, schnell seine Organisation wurde mit der Zunahme der Mitglieder und dem wachsenden Umfange seiner Arbeiten erweitert und vertieft. Der ersten Ortsgruppe in Bromberg folgte Ostrowo und viele andere, Geschäftsführer wurden sogleich in Posen und in Berlin bestellt. Die Ortsgruppen in den einzelnen Provinzen wurden im Laufe der Zeit zu Provinzialverbänden und Landesverbänden zusammengefaßt, Provinzialvorstände eingesetzt und weitere Geschäftsführer bestellt. Ein Gesamtausschuß aus Abgesandten der Ortsgruppen und zugewählten Mitgliedern zusammengesetzt, stand an der Stelle einer Mitgliederversammlung, der Hauptvorstand trat mehrmals im Jahre zusammen. Die hauptsächliche und regelmäßige Vereinsarbeit aber wurde geleistet von dem Geschäftsführenden Ausschuß, der in Berlin saß und wöchentlich eine Sitzung hatte.

Im Laufe der Jahre stieg die Zahl der Mitglieder, ihre Zahl hat 50 000 überschritten, sie sind in mehr als 440 Ortsgruppen über das ganze Deutsche Reich verteilt. Das Vermögen des Vereins beträgt mit den beiden von Hansemann-Stiftungen, der großen Friedrich-Kruse-Stiftung, der Hegenscheidt-Stiftung und vielen kleinen Stiftungen über eine Million Mark. Die Aufgaben und die Arbeiten des Vereins sind gewachsen. Bei allen gesetzgeberischen Arbeiten, die sich auf die Ostmark bezogen, hat der Verein durch zahlreiche Eingaben und Denkschriften an den Reichskanzler, die Ministerien und die

Abgeordneten lebhaft mitgewirkt, oft in seinen Beschlüssen Anregungen gegeben. Der Verein hat durch zahlreiche Versammlungen, Vorträge, Zeitungsartikel und Flugchriften, die Deutschen im Osten und im ganzen Deutschen Reiche über die politische Lage in der Ostmark und über die Gefahren des polnischen Vordringens aufgeklärt, und die polnischen, gegen den Bestand von Preußen gerichteten Antriebe in das helle Licht des Tages gezogen. Die Vereine und Versammlungen der Polen, sowie die polnische Presse, deren fremde Sprache sie der Öffentlichkeit entzog, hat er beobachtet und darüber dem deutschen Volk berichtet. Tatsächlichen Übergriffen und Gesetzwidrigkeiten trat der Verein entgegen. Aber auch das Verhalten der Deutschen behielt der Verein im Auge, oft hatte er Veranlassung, unwürdiges Verhalten von Deutschen, die vor dem Polentum sich beugten, zu rügen und für die Zukunft zu verhindern.

Auf wirtschaftlichem Gebiet suchte der Verein den Deutschen in der Ostmark nach Kräften zu helfen, Darlehen und Unterstützungen, die einzelnen Deutschen zur Beseitigung von geschäftlichen Schwierigkeiten oder zur Erweiterung ihres Geschäfts dienen sollten, gab der Verein aus seinen Mitteln oder verschaffte sie von anderen Stellen. Aus besonderen Fonds wurden strebsamen jungen Deutschen, besonders Landwirten und Handwerkern, Stipendien gegeben. Der Verein sorgte auch eifrig dafür, daß die Deutschen ihre Kaufleute und Handwerker möglichst berücksichtigten und setzte es durch, daß, nachdem der seit Jahrzehnten von den Polen ausgeübte Boykott gegen die deutschen Kaufleute und Handwerker schärfere Formen annahm, auch von den Deutschen die polnischen Gewerbetreibenden gemieden wurden.

Auf Anregung des Vereins wurde im Jahre 1895 die Landbank gegründet, die die Ansiedlung von Deutschen in der Ostmark erleichtern sollte. Die Landbank hat sich dann selbständig entwickelt. Im Jahre 1903 wurde vom Verein die Feldarbeiterzentrale zur Beschaffung und Verteilung von Arbeitern gegründet. Auch aus ihr wurde später eine selbständige Einrichtung.

Der Verein vermittelte die Niederlassung von deutschen Rechtsanwältinnen und Ärzten und durch seine Gewerbeauskunftsstelle die Ansetzung von deutschen Handwerkskern. Durch die von ihm errichtete „Ostmärkische Grundstücks-Erwerbs-Genossenschaft“ half er deutschen Gewerbetreibenden, Grundstücke zu erwerben, oder ihre Grundstücke durch hypothekarische Darlehen zu erhalten. Eine besondere Stelle besteht zur Errichtung von Volksbibliotheken, deren über 700 begründet wurden. Neben der Vereinszeitung „Die Ostmark“ und dem Korrespondenzblatt „Der deutsche Osten“ hat der Verein zahlreiche Flugblätter, Schriften und Bücher herausgegeben, auch einen jährlich erscheinenden Ostmarkenkalender und vor einigen Jahren ein Prachtwerk „Die deutsche Ostmark“.

Eine so vielseitige und umfangreiche Arbeit konnte von einer Stelle, vom Geschäftsführenden Ausschuss, allein nicht bewältigt werden. Es wurden innerhalb des Ausschusses für die einzelnen Landesteile der Ostmark oder auch für die einzelnen Angelegenheiten Berichterstatter bestellt und besondere Ausschüsse eingesetzt, die Stipendienfondskommission, die Preßkommission und die Finanzkommission, die alle vollauf zu tun hatten.

Große Versammlungen von Vereinsmitgliedern und Freunden des Vereins unter Teilnahme der Behörden brachten die Deutschen Tage, die anfangs jährlich, später alle zwei Jahre in der Ostmark vom Verein veranstaltet wurden. Die Städte, in denen der Deutsche Tag stattfand, ließen es sich nicht nehmen, ihr Wohlwollen durch einen großen Festzug zu zeigen, so Danzig, Marienburg, Posen, Bromberg, Gleiwitz und Rattowitz.

Der Verein hatte natürlich auch seine Feinde und seine Widersacher. Selbstverständlich wurde er von den Polen auf das Heftigste angefeindet. Die Feindschaft der Polen äußerte sich in größten Beschimpfungen in der polnischen Presse, die in ihrem Straßenjargon von der „Schurkenarbeit der Hakatisten“

und von „ehrloser Heze“ sprach. Dem betagten Kennemann drohten die Polen, ihn und seine Genossen in ihren eigenen Lauben aufzuhängen, und, soweit ihre Macht reichte, verfolgten die Polen alle, die dem Deutschen Ostmarkenverein als Mitglieder beitraten. Die Polen glaubten auch einen Spottnamen erfunden zu haben, als sie aus den Anfangsbuchstaben der Namen der Gründer des Vereins Hansemann, Kennemann und Tiedemann das Wort „Hakate“ formten und den Verein als Hakateverein und seine Mitglieder als Hakatisten bezeichneten. Aber der Spott prallte von den deutschen Männern ab, das Wort wurde zum Ehrennamen, den die Vereinsmitglieder nicht ohne Stolz führten und der am Kopf jeder Nummer der Vereinszeitung „Die Ostmark“ zu finden ist.

Gegner hatte der Verein auch unter den Deutschen.

Die Ultramontanen, bei deren eifrigen Streben, die Macht und den Einfluß der katholischen Kirche zu erhalten und zu mehren, gar leicht das Bewußtsein der vaterländischen Pflichten verdunkelt wird, ließen es an Anfeindungen nicht fehlen; sie erhoben gegen den Verein den Vorwurf, er sei ein Feind der Katholiken und wollte den Osten protestantisieren. Sie feindeten ihn an und hielten es gar zu sehr mit den Polen, obwohl sie von ihnen recht oft abstoßend behandelt wurden. Das erschwerte die Stellung des Vereins; denn es war nicht leicht, die Verdächtigungen der Zentrumspr. sie zu widerlegen und den Katholiken ein besseres Verständnis für das Wesen des Vereins beizubringen. Der Verein benutzte jede Gelegenheit, die Katholiken zu begünstigen, so besonders die Katholiken, die sich im Osten in ausgesprochen deutschen Vereinen zusammengefunden hatten, er unterstützte gern Katholiken durch wirtschaftliche Beihilfe, durch Darlehen und Stipendien. Auch trat er bei Wahlen ohne Vorbehalt für den Zentrumskandidaten ein, wenn er der Kompromißkandidat der Deutschen war oder wenn er in der Stichwahl mit den Polen stand.

Die Sozialdemokraten, deren deutsche Gestalt durch ein internationales Gewand verdeckt wird und deren soziale Utopien die Liebe zum Vaterland, die Liebe zum Deutschtum ersticken, wollten vom Verein zur Förderung des Deutschtums nichts wissen.

Auch im freisinnigen Parteilager fanden sich Gegner. Viele Freisinnige konnten sich in der Besorgnis, daß bei einer kräftigen Abwehr der deutschfeindlichen polnischen Mitbürger ihre in vergangenen Zeiten geborenen, aber unentwegt festgehaltenen Parteigrundsätze Abbruch erleiden könnten, nicht darein finden, daß für die außergewöhnlichen Zustände in der Ostmark auch außergewöhnliche Maßregeln notwendig seien. Sie waren deshalb Gegner einer kräftigen deutschen Politik im Osten und, obwohl wahrlich keine Freunde der Großgrundbesitzer, verhielten sie sich sogar ablehnend gegen die Ansiedlung von Bauern in den östlichen Provinzen, eine Maßregel, die doch eine Verminderung des Großgrundbesitzes herbeiführen mußte.

Widerwillig zeigten sich auch viele Gewerbetreibende, die ihre polnische Kundschaft zu verlieren fürchteten, obwohl sie wissen mußten, daß diese polnische Kundschaft ihnen nur solange verblieb, bis am Plak ein polnischer Konkurrent sie ihnen entführte.

In den ersten Jahren seines Wirkens war der Verein auch bei vielen Beamten nicht beliebt. Die Beamten wollten Ruhe. Wenn die Ruhe auch durch Nachgiebigkeit gegen polnische Ansprüche erkauft werden mußte, so gab es doch keine Streitigkeit, keine schwierigen Entscheidungen, keine Beschwerden. Später jedoch waren die Beziehungen des Vereins zu den Behörden durchweg gute. Das gute Verhältnis wurde auch dadurch nicht gestört, daß Polen und andere Gegner die Staatsregierung gegen den Ostmarkenverein einzunehmen suchten, indem sie ihn als den eigentlichen Leiter der Polenpolitik, als „Reberegierung“ bezeichneten. Das war ein billiges Schlagwort ohne jede Berechtigung. Beide, Regierung und Ostmarkenverein, gingen bei gleichem Ziel den gleichen Weg, aber in völliger Selbständigkeit und Unabhängigkeit.

Durch alle diese Schwierigkeiten setzte sich der Ostmarkenverein durch und er wurde, was er nach seinem Sinne werden sollte: der Sammelpunkt für alle deutschen Patrioten, die das Polentum bekämpften, der Mittelpunkt für alle nationalpolitischen Bestrebungen zur Förderung des Deutschtums in der Ostmark und ein fester Damm gegen Gelüste, die deutsche Politik im Osten zu verlassen.

Seinen Höhepunkt hatte der Ostmarkenverein wohl erreicht zur Zeit, als von Bülow Reichkanzler war und Miquel und Rheinbaben Minister. Die Regierung hielt damals in der deutschen Politik im Osten einen festen Kurs und der Ostmarkenverein arbeitete neben ihr in gleicher Richtung. Die Deutschen in der Ostmark fühlten sich gestützt und gehoben. Damals, es war im Jahre 1909, fand der Deutsche Tag in Kattowitz statt. Auf ein Guldigungstelegramm des Vereins antwortete der Kaiser:

„In dankbarer Anerkennung der Bestrebungen des Deutschen Ostmarkenvereins, das Deutschtum auch in der Provinz Schlesien zu kräftigen und zu fördern, spreche ich allen zum Deutschen Tage dort vereinten Patrioten für die freundliche Begrüßung meinen wärmsten Dank aus. Möge der für die Zukunft und die Größe des deutschen Vaterlandes so bedeutungsvollen Arbeit Gottes Segen und Segen in reichem Maße beschieden sein. Wilhelm I. R.“

Weniger günstig gestalteten sich die Verhältnisse, als Herr von Bethmann Hollweg Reichkanzler geworden war. Es ist bezeichnend für die preußische Polenpolitik, daß statt einer gleichmäßigen deutschen Richtung bei jedem Personenwechsel in der Regierung die Frage auftauchte, wie nun weiter in den Ostprovinzen regiert würde, ob wie bisher, oder ob ein neuer Kurs eingeschlagen würde. Zwar hatte der neue Reichkanzler auf ein Begrüßungstelegramm des Deutschen Ostmarkenvereins ein weiteres Zusammenarbeiten zugesichert und das stolze Wort hinzugesetzt: „nunquam retrorsum.“ Bald aber merkte man, daß die feste Hand fehlte. An Stelle der Festigkeit trat Unschlüssigkeit, Nachgiebigkeit und alsbald ein weites Entgegenkommen gegen die Polen. Der Oberpräsident von Waldow und die Regierungspräsidenten in Polen, energische Wächter und Schützer des Deutschtums, mußten ihre Posten verlassen, und bei den Verwaltungsbeamten machte sich eine große Unsicherheit fühlbar. Man wußte nicht, ob man den alten Kurs fahren sollte, oder ob von oben ein Entgegenkommen gegen die Polen gewünscht würde. So wurde vieles vernachlässigt und manches umgeworfen, was die Regierung und der Ostmarkenverein früher gebaut und angebahnt hatte.

Es kam das Jahr 1914. Der Deutsche Ostmarkenverein veranstaltete einen Deutschen Tag in Allenstein. Als die Tausende von Teilnehmern am 28. Juni im Walde von Sakobsberg bei Allenstein versammelt waren, traf die Nachricht von dem Mord in Serajewo ein. Die Anwesenden waren tief erschüttert, aber keiner ahnte, daß das Ereignis so furchtbare Folgen nach sich ziehen würde, und die Vorstandsmitglieder, die abends im alten Schloß des Kopernikus in Allenstein, das Herr Regierungspräsident Hellmann stülgerecht ausgestattet hatte, zusammenkamen, ahnten nicht, daß zwei Monate später an demselben großen runden Tisch auf den hochlehnigen Stühlen russische Offiziere sitzen würden.

Gleich nach Beginn des Krieges traf der Deutsche Ostmarkenverein seine Maßnahmen. Feindseligkeiten gegen die Polen mußten vermieden werden, um nicht im Ausland den Anschein zu erwecken, daß das Deutsche Reich im Osten innere Schwierigkeiten hätte, die Tätigkeit des Vereins wurde beschränkt, zumal die meisten Mitglieder und Ortsgruppenführer bei den Fahnen waren. Die Organe des Vereins und einzelne Beamte wurden in den Dienst des roten Kreuzes gestellt. Der Geschäftsführende Ausschuß hielt aber regelmäßig alle Woche eine Kriegssitzung ab, in der die Tagesereignisse, insbesondere die Haltung der Polen besprochen wurde. Der Verein beteiligte sich lebhaft bei den Kriegsanleihen, er zeichnete im ganzen 900 000 Mark und half sonst aus, wo es nötig war.

Im Sommer 1916 kamen die ersten Gerüchte, daß ein Königreich Polen errichtet werden sollte. Für jeden, der die Verhältnisse kannte, war es klar, daß die Wiederaufrichtung des polnischen Staates ein Unglück sein würde. Bismarck

hatte einst gesagt, daß ein selbständiges Polenreich eine französische Armee im Osten bedeute. Vergebens tat der Verein alles, um diesen unglückseligen Schritt zu verhüten. Noch kurz vor der Ausrufung des polnischen Königreichs begab sich der Vorsitzende des Vereins, Herr von Tiedemann, in die Reichskanzlei, um zu warnen. Dort aber wurde ihm die Mitteilung, daß Hindenburg und Ludendorff darauf bestehen, um neue Truppen zu gewinnen. Auf diese Mitteilung mußte der Verein zurücktreten, er mußte die militärischen Maßnahmen gelten lassen und durfte nicht durch laute Proteste den militärischen Führern in den Rücken fallen. Die Nachricht aus der Reichskanzlei war, wie sich später herausgestellt hat, unrichtig, aber es war nichts mehr zu ändern.

Bei der Errichtung des Polenreichs und der Verwaltung des neuen Staates hat sich so recht die Zaghaftigkeit in der Wahrnehmung der deutschen Interessen und die Unsicherheit der deutschen Politik gezeigt. Die Hoffnung auf ein polnisches Hilfskorps, worauf die Regierung hauptsächlich gerechnet hatte, erwies sich als hinfällig. Die Polen, die durch deutsche Siege von der Russenherrschaft befreit wurden, wollten den Deutschen nicht helfen.

Nach heldenmütigen Kämpfen der deutschen Heere, nach jahrelangen schwerer Entbehrungen des von der Welt abgeschnittenen deutschen Volkes und leid durch innere Umtriebe geschwächt, brach Deutschland zusammen. Der Kaiser mußte dem Thron entsagen, die Fürsten wurden vertrieben und eine sozialdemokratische Parteiregierung führte die Geschäfte. Ein Friede wurde geschlossen mit so schweren und schmachvollen Bedingungen, wie die Welt sie wohl nie gesehen hat. Der Friede traf am schwersten die Ostmark, Posen und fast ganz Westpreußen fiel an das neue Polenreich, Danzig wurde ein Freistaat unter polnischer Oberhoheit. Die Ostmark, die der Deutsche Ostmarkenverein vor polnischer Überflutung hatte schützen wollen, kam in polnische Hand. Die Deutschen im Osten, die vor den polnischen Umtrieben geschützt werden sollten, wurden unter polnische Fremdherrschaft gezwungen, Ostpreußen wurde vom Reich abgeschnitten. Noch bevor der Friedensvertrag durchgeführt wurde, während des Waffenstillstandes, besetzten die Polen den größten Teil der Provinz Posen. Die Regierung ließ deutsches Land und deutsche Leute im Stich.

Die Verhältnisse im Osten haben sich von Grund aus zum Nachteil des Deutschthums geändert. Die fünfundzwanzigjährige Arbeit des Deutschen Ostmarkenvereins ging zu Bruch, wie so vieles im Deutschen Reich.

Wenn nun auch durch den Gewaltfrieden, dem Deutschland sich unterwarf, der größte Teil der Ostmark vom Reich getrennt und im Osten die Stellung der Deutschen zu den Polen völlig geändert ist, so ist dadurch dem Deutschen Ostmarkenverein das Feld zu weiterer Tätigkeit nicht entzogen. Im Gegenteil, die Aufgaben des Deutschen Ostmarkenvereins sind erweitert und vertieft.

Die Landesgrenzen sind verändert durch einen Machtanspruch der Entente, der unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und unter Nichtachtung der geschichtlichen Entwicklung gegen Recht und Gerechtigkeit allein das Ziel verfolgte, Deutschland niederzuwerfen und sein Wiederaufkommen zu verhindern. Ein Werk, das aus so unsittlichen Beweggründen entstand, kann kein ersprießliches sein, es ist unnatürlich und unhaltbar. Man kann wohl gewaltsam ein Stück von dem Deutschen Reich losreißen, das deutsche Volk kann man nicht teilen, es bleibt ein Ganzes. Und wenn den Deutschen unter fremdem Joch auch alles geraubt wird, das Recht, deutsch zu bleiben, kann ihnen nicht genommen werden. Die Gefahr für das Deutschthum im Osten ist ungeheuer gewachsen, die Deutschen im abgetrennten Teil werden ihre Rechte hartnäckig verteidigen müssen und die Deutschen im Reich müssen ihnen auf alle Weise helfen. Hierbei zu mahnen, zu fördern, zu vermitteln und die Zukunft vorzubereiten, das wird die künftige Aufgabe des Deutschen Ostmarkenvereins sein. Er wird nach fünfundzwanzigjähriger Arbeit, die nicht ohne Erfolg war, auf neuen Wegen sein altes Ziel verfolgen: Schutz und Förderung des Deutschthums im Osten.